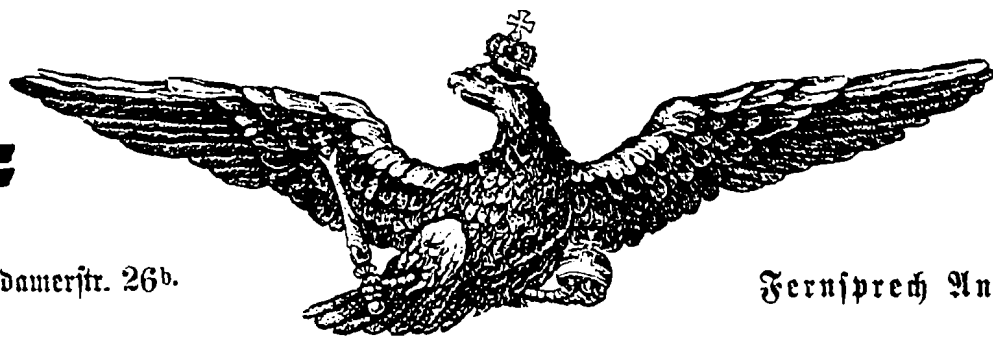


Ersteinst
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 M. 25 Pf. excl. Bestellgebühr,
frei in's Haus 1 M. 50 Pf.
Abonnement wird von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26b,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition. Berlin W., Potsdamerstr. 26b.

Fernsprech Anschluss: Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 18.

Berlin Dienstag, den 11. Februar 1890.

34. Jahrg.

Amthches.

Berlin, den 27. Dezember 1889.

Bekanntmachung.

Inhaltlich der in Nr. 27 des Reichsgesetzblattes für 1888 publizierten und von den anderen Konventionen mit wechselseitiger Wirkung angenommenen Deklaration des Artikels 2 der internationalen Neblauskonvention vom 2. November 1881 bedarf es bei der Ausfuhr von zur Kategorie der Nebe nicht gehörigen Pflanzen aus Deutschland nach den bei der genannten Konvention beteiligten Staaten (zur Zeit neben Deutschland: Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Portugal, die Schweiz, Belgien, Venedig, die Niederlande, Serbien und Italien) der Weidung der im § 4 der kaiserlichen Verordnung vom 4. Juli 1888 vorgeschriebenen Unverdächtigkeits-Zeugnisse vom 1. u. 2. M. ab dann nicht, wenn die betreffenden gärtnerischen Anlagen, denen die Sendungen entstammen, in das nach § 7 Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 2. Juli 1888 hergestellte und veröffentlichte Verzeichnis aufgenommen sind. Dieses Verzeichnis wird auf Grund des Ergebnisses der von den zuständigen Sachverständigen alljährlich auszuführenden Besichtigungen über welche die im Erlaß vom 2. Februar 1884 — I 1283 — gedachten Nachweisungen vorzulegen sind, auf dem Laufenden erhalten, und liegt es deshalb im Interesse der bei der Ausfuhr beteiligten Gärtner u. s. für die regelmäßige Besichtigung ihrer Anlagen zu dem in Rede stehenden Zweck Sorge zu tragen, sofern sie aus der fraglichen nicht unerheblichen Verfehlung Erleichterung Nutzen ziehen wollen. Eine Erhellung erhebe ich, hierauf die beteiligten gärtnerischen Kreise gefälligst in geeigneter Weise aufmerksam zu machen und denselben zu bedeuten, daß, wenn die fraglichen Besichtigungen nicht regelmäßig — alljährlich (schr. in dieser Hinsicht den Erlaß vom 11. Mai d. J. Nr. 1 7837) — stattfinden und dabei nicht auch stets die Bedingungen des § 4 Ziffer 3a — d der obenerwähnten kaiserlichen Verordnung zutreffen, die bezüglichen Anlagen aus dem in Rede stehenden Verzeichnis eventl. entfernt werden müssen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen glaube ich zugleich darauf aufmerksam machen zu sollen, daß es der den Pflanzenfendungen beizufügenden, im oben citirten § 4 Nr. 3 und am Schluß desselben unter 1 bis 2 näher bezeichneten Erklärungen des Abfenders auch ferner bedarf, und stelle ergebnis anheim, auch hierüber die vorgedachten Interessenkreise zu verständigen.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

ges. Frhr. Lucius von Ballhausen.

Berlin, den 5. Februar 1890.

Vorstehenden Ministerial-Erlaß bringe ich hierdurch zur Kenntniß der beteiligten gärtnerischen Kreise.

Der Landrath des Kreises Teltow.

Stubenrauch.

Berlin, den 6. Februar 1890.

Bekanntmachung.

Seitens der königlichen Intendantur des 4. Armeekorps sind an Vergütung für gestellten Vorposten für den Monat September 1889 zur Zahlung angewiesen worden

10 M. 50 Pf.

Kudow 21

Die betreffenden Gemeinde-Vorstände eruche ich ergebenst, die Untervertheilung dieser Beträge an die einzelnen Empfangsberechtigten zu bewirken.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.

Stubenrauch, Landrath.

Wichtiges.

Die preussischen Sparkassen 1888 bezw. 1888/89.

Wieder zeigt die Statistik eine erfreuliche Weiterentwicklung unseres Sparkassenwesens. Der Gesamtzuwachs von Spareinlagen betrug im abgelaufenen Rechnungsjahre 217,17 Mill. M. und unter Abrechnung der zugeflossenen Zinsen 141,87 Mill. M. gegen 201,32 bezw. 132,03 Mill. M. im Vorjahre, das schon alle seine Vorgänger übertraffen hatte. Die Gesamt-Einlagen der Sparkassen am Schlusse des letzten Rechnungsjahres betragen 2889,27 gegen 2672,1 Millionen Mark am Schlusse des Vorjahres.

Was den Zugang an Neueinlagen im Berichtsjahre betrifft, so ist derselbe doppelt erfreulich: einmal wegen seiner bedeutenden, bisher nie erreichten Höhe von 754,73 Millionen Mark gegen 706,10 bezw. 652,30 und 576,18 Millionen Mark in den drei Vorjahren, sodann aber, weil von jenem so hohen Betrage wahrscheinlich ein größerer Theil als vorher auf wirkliche Ersparnisse und nicht bloß auf den Wechsel in der Anlage bereits vorhandener Kapitalien zurückzuführen ist. Es war nämlich in den letzten Jahren bis 1887 einschließlich ein großer Theil des Zuwachses an Spareinlagen

nicht auf Neuerungswiese, sondern auf einen bloßen Wechsel des Anlageplatzes älterer Ersparnisse zurückzuführen. Bei dem Sinken des allgemeinen Zinsfußes, der Konvertirung der Staats- und Kommunalpapiere, den Zweifeln an der Erhaltung des Friedens und der dadurch zurückgehaltenen wirtschaftlichen Unternehmungslust schien es Manchem vorthelhaft, sein Geld vorläufig den Sparkassen anzuvertrauen, die ihren Zinsfuß nicht immer je nach der allgemeinen Bewegung anzupassen vermochten, zugleich aber eine fast vollkommene Sicherheit gegen irgend einen Verlust am Kapitale boten. Mit der Befestigung des Vertrauens in den Frieden und in der Blüthe des wirtschaftlichen Lebens war der Anreiz für Kapitalisten, die Sparkassen aufzusuchen, sehr vermindert.

Ein Sparkassenbuch kam 1887 auf je 6,9 Einwohner, 1888 dagegen auf 5,6. Insgesamt waren am Schlusse der letzten Rechnungsperiode 5029 174 Bücher im Umlauf. — Von den Büchern, deren Einlagebetrag bekannt war, entfielen auf Einlagen

von 60	150	300	600	über 600
150	300	600	1174 427	

Die Zahl der Bücher mit einem Einlagebetrage von 600 Mark und darüber ist recht bedeutend: sie beträgt mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl und umfaßt zweifellos den weitestgehenden Theil der Gesamteinlagen. Andererseits aber wäre es durchaus wünschlich, die Einleger, wie dies in agitatorischen Ausführungen zu geschehen pflegt, einfach den wohlhabenden Klassen zuzurechnen. Eine im Jahre 1888 für den Regierungsbezirk Arnberg stattgefundene Probeerhebung hat ergeben, daß schon damals das Durchschnittsguthaben der Einleger bei den Bankverweirtern 1338 Mark, bei den Berg- und Hüttenarbeitern 747, bei den Fabrikarbeitern 571 Mark, bei den Gesellen 392 und den Dienstboten 320, endlich bei den übrigen Personen aus dem Stande der Handarbeiter 298 Mark betrug. Bei den meisten dieser Gruppen ging also die Durchschnittseinlage weit über 600 Mark hinaus oder kam — wie bei den Fabrikarbeitern — diesem Betrage sehr nahe.

Ueber den Zuwachs der einzelnen Contentenklassen ist ermittelt, daß gegen das Vorjahr vermehrten die Bücher mit Einlagen

von 60	150	300	600	über 600	
5,51	4,03	5,91	6,20	8,45	6,06

Der Zuwachs an Stückzahl ist also — von der kleinsten Contentenklasse abgesehen — im Allgemeinen bei den größeren Contenten auch um so größer und am bedeutendsten fast durchweg bei denjenigen über 600 Mark. Auch hier können die nachsten Ziffern wieder leicht zu übereilten Schlussfolgerungen verleiten. Mit Recht hebt deshalb die Stat. Corr., der wir die Ziffern entnehmen, hervor, daß in einem Lande mit sorgfältiger Sparthätigkeit die Weiterentwicklung der letzteren sich ganz naturgemäß allmählich immer weniger in dem Zugange neuer Sparere und immer mehr in dem Uebergange von geringeren zu höheren Ersparnissen, das ist in einer fortschreitenden relativen und schließlich absoluten Verarmung der höheren gegen die niederen Contentenklassen äußern muß.

Faßt man die Einlagebestände in den einzelnen Provinzen ins Auge, so ergibt sich, daß der Westen einschließlich Sachsens weit voraus ist: beispielsweise betragen am Schlusse des Jahres Spareinlagen Westfalen 503, Hannover 404, Schleswig-Holstein 333, Rheinland 392 Millionen Mark, dagegen Preußen nur 47, Westpreußen 43, Loth 36. In Procenten war der Zugang im Osten allerdings viel bedeutender als im Westen, was sich aber einfach daraus erklärt, daß auf den niederen Stufen der Entwicklung der Sparthätigkeit der Spielraum für jährlichen Zuwachs naturgemäß viel größer ist und daß einem geringfügigen Bestande gegenüber auch ein an sich nicht großer Zugang schon ein erhebliches Zuwachs Procent ausmacht.

Rundschau.

Deutsches Reich.

— Kaiser Wilhelm schreibt die von ihm angeregte Konferenz zur Verbeiführung eines allgemeinen Arbeiter-Schutzrechtes auch persönlich mit großem Nachdruck. Der Monarch hat in den letzten Tagen mit dem schweizer Gefandten Dr. Roth und anderen fremden Vertretern selbst über die Angelegenheit konferirt. Welche schweren Mühen das angebahnte Werk mit sich bringt, erkennt der deutsche Kaiser selbst am besten er weiß aber auch, was ein fester Wille und eine große Idee vermögen. Der preussische Staatsrath soll schon demnächst zusammentreten, um die Arbeiter-Schutzfrage zu erörtern, nachdem noch eine Anzahl Sachverständiger Männer in diesen Rath berufen sein werden. Den Vorsitz wird der Kaiser bekanntlich persönlich führen. Am Sonntagabend Nachmittag konferirte der Kaiser von 4—5 1/2

Uhr mit dem Reichskanzler Fürsten Bismark, gab demselben bis zur Wilhelmstraße das Geleite und fuhr dann nach Charlottenburg hinaus. Sonntag Vormittag wohnte der Monarch dem Gottesdienste in der Dreifaltigkeitskirche bei und ließ sich dann von dem Marinemaler Esche Skizzen der Plankton-Expedition vorlegen. Nachmittags entsprach der Monarch einer Einladung des Offiziercorps des ersten Garde-Regiments z. F. in Potsdam zur Tafel.

— Am 22. März, dem Geburtstag Kaiser Kaiser Wilhelm I., wird im Berliner Schlosse ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens und am darauf folgenden Tage das Ordensfest stattfinden.

— Von dem letzten Mittagessen beim Fürsten Bismark wird der „Müch. Allg. Ztg.“ noch eine bemerkenswerthe Aeußerung des Fürsten Bismark berichtet. Der Kaiser, sagte der Fürst zu einigen Abgeordneten scherzhaft, „hat mich recht lieb, aber imponiren kann ich ihm doch nicht. Versuchen Sie es doch, meine Herren, vielleicht imponiren Sie ihm, ich zweifle allerdings daran!“

— Die internationale Konferenz über den Arbeiterschutz welche Kaiser Wilhelm II. in seinem Erlaß an den Reichskanzler Fürsten Bismark vorgeschlagen hat, ist allem Anschein nach schon heute prinzipiell gefestigt, wenn auch die offiziellen Verhandlungen durch das deutsche auswärtige Amt hierüber erst später erfolgen werden. Kein Staat hat Grund, die Einladung zu der Konferenz abzulehnen, wenn vorher von dem betreffenden Deutschen Reiche zugestanden ist die Konferenzbeschlüsse sollten nicht von vornherein eine bindende Macht haben, sondern diese erst nach der Genehmigung durch die Regierungen der einzelnen Industriestaaten erlangen.

— Der Prinzregent Luitpold von Bayern hat 2000 Mark für das dem Kaiser Wilhelm I. in Reg z errichtete Denkmal und die gleiche Summe für das Denkmal des Kaiser Friedrich auf dem Schlachtfelde von Wörth bewilligt.

— Die Nordd. Allg. Ztg. bringt eine Darstellung der Arbeits-Verhältnisse in den preussischen Ministerien. Es heißt darin: „Die Ministerien sind zu verschiedenen Zeiten entstanden und haben im Laufe der Zeit mehrfach Umgestaltungen erfahren. Der Umfang der von Ministerien übertragenen Geschäfte hat gleichfalls oft gewechselt, Ministerien sind miteinander verschmolzen, ein Ministerium ist in mehrere zerlegt worden, auch die Organisation der Reichsverwaltung hatte Veränderungen in den preussischen Ministerien zur Folge. So ist denn auch die Anzahl der in den einzelnen Ministerien thätigen hohen Beamten eine sehr verschiedene. Das Handelsministerium zählt 8 höhere Beamte, das Ministerium des Innern 14, das Justizministerium 17, das Auswärtige Ministerium 21, das Ministerium für Landwirtschaft 22, das Finanzministerium 26, das Kultusministerium 30, das Arbeitsministerium 50. Von dem Ministerium für öffentliche Arbeiten werden mit dem Uebergange der Abtheilung für die Verwaltung des fiskalischen Besitzes an Bergwerken, Hütten und Salinen, wie für technische Aufsicht und Vergewaltigung gegenüber dem Privatbergbau auf das Ministerium für Handel u. Gewerbe zehn Beamte zu diesem Ministerium überreten.“

Frankreich.

— Graf Philipp von Paris, das Haupt der Familie Orleans der sich im vorigen Jahre durch seine Verbindungen sehr geschadet hat, hat auf seine „Kronrechte“ verzichtet und sein Präbendenthum an seinen ältesten Sohn, dem eben 21 Jahre alt gewordenen Herzog Louis Philipp von Orleans abgetreten. Der junge Prinz hat seine politische Karriere mit einem Kellam-Strich begonnen. Er hat den ihm verbotenen französischen Boden betreten, sich in Paris verhaften lassen und damit auch erreicht, daß alle Welt in Frankreich nur von ihm spricht. Die republikanische Regierung nimmt der jungen Präbendenten aber nicht sehr tragisch und wird ihn nach Abschluß des Gerichtsverfahrens einfach per Schub über die Grenze bringen lassen.

— In einem Artikel über die Erlasse des deutschen Kaisers bemerkt das Journal de Debats, dieselben seien eines der bedeutendsten Ereignisse der neuesten Geschichte. Nichts berechtige dazu, in denselben nur vorübergehende, durch Umstände eingelöste Demonstrationen zu sehen, sie seien vielmehr die logische Entwicklung der von Deutschland begonnenen Art der Behandlung der sozialen Frage.

Bulgarien.

— Ueber die Verschwörung des Majors Paniza in Sofia werden noch immer allerlei Mittheilungen verbreitet, die es mit der Wahrheit eigentlich nicht allzu genau nehmen. Nach einer

Privatmittheilung aus Sofia wäre Paniza schon in der Nacht zum Sonnabend standrechtlich erschossen worden. Fürst Ferdinand soll auch im Ministerrathe seine Abdankung angeboten haben. Das Kabinett lehnte dieselbe aber ab, da Paniza's Verschwörung in der That ganz bedeutungslos sei.

Aus den Parlamenten.

Preussischer Landtag.

Berlin, 7. Februar 1890.

— Das Herrenhaus hielt heute Nachmittag eine fast vierstündige Sitzung, in welcher zunächst der Gesetzentwurf, betreffend den Anlag der Zinsen von den aus dem vormaligen Stadtbuch von Altona in das Grundbuch übertragenen Hypotheken im Zwangsvollstreckungsverfahren, und demnächst der Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes vom 2. März 1870 über den erleichterten Verkauf kleiner Grundstücke auf unrentgeltliche Abgang einzelner Gutstheile oder Zubehörtheile zu öffentlichen Zwecken erledigt wurden. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 7. Februar 1890.

— In der heutigen (12.) Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde die zweite Beratung des Etats beim Spezialetat der Eisenbahnverwaltung fortgesetzt. In der Generaldiskussion bei Tit. 1. der Einnahmen (Personen und Gepäckverkehr) sprach Abg. Simon (nat.-lib.) seine Befriedigung über die günstige Gestaltung des Etats aus, glaubte aber dennoch bezüglich unserer Ausgabenbemessung zur Vorsicht mahnen zu sollen. — Abg. Graf zu Limburg-Strom (kons.) trat bezüglich der auch von ihm gut geheißenen Erhöhung der Beamtengelder für Innehaltung der durch die Leistungen der betreffenden Beamten Grenze ein. — Abg. Traun (nat.-lib.) zog bei einer eingehenden Auseinandersetzung mit der deutschfreisinnigen Partei die jüngsten kaiserlichen Erlasse in die Diskussion und bekämpfte darauf das Ascensionsystem bei der Bemessung der Beamtengelder. — Ministerialdirektor Bredfeld legte den Standpunkt der Verwaltung bezüglich der Handhabung des Ascensionsystems dar und führte aus, daß die von einem der Vorredner aufgestellte Behauptung, die Bureau-Eisenbahnbeamten müßten vielfach 30 Jahre auf eine etatsmäßige Anstellung warten, thatsächlich unrichtig sei. Bei dem steigenden, den Güterverkehr betreffenden Titel, wurden eine Reihe von Wünschen größentheils isolater Natur geltend gemacht und schließlich die Einnahmen und sodann die Ausgaben dieses Etats bis zu Kapitel 30 (Wilhelmshaven-Odenburger Eisenbahn) nach den Beschlüssen der Budgetkommission unverändert genehmigt. Nächste Sitzung Sonnabend Vormittags 11 Uhr (Stat).

Berlin, den 8. Februar 1890.

— In der heutigen (13.) Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde bei sehr mäßig besetzten Bänken zunächst der Rest des Etats der Eisenbahnverwaltung ohne erhebliche Debatte entsprechend den Anträgen der Budgetkommission genehmigt. Demnächst erledigte das Haus noch in gleicher Weise den Etat des Finanzministeriums, ohne daß sich eine besonders hervorzuhebende Diskussion an denselben geknüpft hätte. — Nächste Sitzung Montag, 10. Februar, Vormittags 11 Uhr. (Aleinere aus dem Herrenhause herübergekommene Vorlagen.)

Heer und Marine.

— Die Umgestaltung des deutschen Eisenbahn-Regiments in eine Brigade soll im April d. J. erfolgen. Eine direkte Vernehmung des Mannschaftsbestandes soll damit zunächst nicht verbunden sein, man will vielmehr zunächst nur aus dem einen Regiment mit 16 Kompagnien deren zwei mit je 8 Kompagnien bilden. Brigadefeldkommandeur wird voraussichtlich der bisherige Kommandeur, Oberst Knappe, als Regimentskommandeur bezeichnet man Oberstleutnant Schill und Major Walther, zwei um das Militäreisenbahnwesen hochverdiente Offiziere. Wie es heißt wird auch die Luftschifferabtheilung der neu zu bildenden Brigade zugeheilt. Eins der beiden neuen Regimenter soll im Jahre 1891 nach Jüterbog verlegt werden.

— Der auf der kaiserlichen Werft in Danzig neu erbaute Kreuzer ist am Sonnabend Mittag vom Stapel gelassen und vom Ober-Werftdirektor Schälze „Bismark“ getauft worden.

Statistisches.

— Im deutschen Reiche hat die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1888 den höchsten bisherigen Stand erreicht, sie betrug 376 654. Die Zahl der Geborenen einschließlich der Todtgeborenen betrug 1 828 379; gestorben sind einschließlich der Todtgeborenen 1 299 798. Unter den Geborenen befanden sich 189 645 uneheliche Kinder, 66 972 Todtgeborene.